

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgepalte Zeitung kostet 15 Pfennig, die Reklamezelle 50 Pfennig.

Briefetal-Bote

Amts-Bezirks-Anzeiger für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Anschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Anschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

No. 3. Birkenwerder, Donnerstag, den 7. Januar 1909 8. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt Nr. 1.



Zur Feier des Geburtstages
Sr. Maj. des Kaisers und Königs
findet am

Dienstag, den 26. Januar, abends 6 Uhr
ein Fest-Essen

im Restaurant „Sanssouci“ (Theophil Walzer) hier selbst (ohne Weinzwang) statt, wozu die Herren Einwohner von Birkenwerder und Umg. freundlichst eingeladen werden.

Preis des Bedecks 2,50 Mk.

Alle diejenigen Herren, welche sich hieran zu beteiligen wünschen, werden gebeten, ihre Namen in die im Gemeindebüro und im Restaurant „Sanssouci“ ausliegenden Listen bis spätestens den 23. d. Mts. eintragen zu wollen.

Birkenwerder, den 6. Januar 1909.

Köhn,

Amts- und Gemeindevorsteher.



Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Liste für die Wahlen zur Gemeindevetretung liegt in der Zeit vom 15. bis 30. Januar d. J. zur Einsicht der Wähler im Gemeindebüro während der Dienststunden aus.

Birkenwerder, den 5. Januar 1909.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Versteuerung der Pacht-, Miet- usw. Verzeichnisse.

Die gemäß Tarifstelle 48a des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 aufzustellenden Pacht-, Miet- usw. Verzeichnisse sind in Ansehung der im Kalenderjahre 1908 in Geltung gewesenenen schriftlichen stempelpflichtigen Pacht-, Miet- oder antichretischen Verträge bis spätestens zum 31. Januar 1909 die zuständigen Steuerstellen zur Versteuerung vorzulegen, sofern der Versteuerungspflicht für diese Zeit nicht schon früher genügt ist. Zu den Steuerstellen gehören auch die Stempelverteiler, soweit der zu entrichtende Stempelsteuerbetrag die Grenze ihrer Entwertungsbefugnis (in der Regel 50 Mark) nicht überschreitet.

Die Nichterfüllung der Versteuerungspflicht zieht die gesetzliche Strafe nach sich.

Potsdam, den 26. November 1908.

Königliches Hauptzollamt.

Deutsches Reich.

Der Kaiser bei den Rekruten. Die Besichtigung der Garberekuten, welche den Abschluss der Ausbildungsperiode darstellt, hat auf Befehl des Kaisers in diesem Jahre vor dem Allerhöchsten Geburtstage stattzufinden. Vom Generalcommando des Garberegiments ist daher angeordnet worden, daß die Besichtigungen in der Zeit vom 15.—25. d. Mts. abzuhalten sind. Der Kaiser hat die Absicht kundgegeben, auch einigen Besichtigungen in Berlin beizuwohnen, und aus diesem Grunde hat dem Zivilabteit ein Plan der Besichtigungstage angefertigt werden müssen. In den ersten Jahren seiner Regierungszeit wohnte der Monarch regelmäßig mehreren Besichtigungen bei. Seit einer Reihe von Jahren konnten sich jedoch nur die Rekruten einzelner Kompagnien des 1. Garberegiments z. B. in Potsdam des Vorzuges erfreuen, im Beisein des obersten Kriegsherrn ihre vollendete Ausbildung im Waffenhandwerk zu zeigen.

Zur Abwehr. In einer halbamtlichen Äußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird zu gewissen Versuchen einiger Zentrumsblätter die Politik Deutschlands in der Balkanfrage und im speziellen seine Bundesstreue zu Oesterreich-Ungarn in ein falsches Licht zu setzen, Stellung genommen. Mit Bezugnahme auf einen kürzlich erschienenen Artikel schreibt das Blatt: „Daraus ergibt sich der Nachweis, wie die Zentrumspublizistik in ihrem Haß gegen den Reichstanzler es nicht verschmäht, das Vertrauen zu untergraben, das Kaiser Wilow in der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie besitzt; sondern weil unsere österreichisch-ungarischen Freunde an diesem Beispiel zu erkennen vermögen, was von dem Gebräue einer schwankenden Politik Deutschlands zu halten ist. Es gibt in unserer amtlichen Politik Oesterreich-Ungarn gegenüber tatsächlich nicht die mindesten Schwankungen. Wohl aber glaubt das Zentrum in einigen seiner fanatischen Anhänger ein Interesse daran zu haben, diese Mär zu verbreiten, um damit die Position des Reichstanzlers auch nach außen und von außen zu erschüttern. Es ist nötig, diese Taktik aufzugeben, und nicht falsche Vorstellungen über den Charakter und die Zuverlässigkeit der deutschen Politik aufkommen zu lassen. Wenn wir die leitenden Gesichtspunkte der deutschen Politik seit der erneuten Ausführung der Orientfrage rekapitulieren, so sind es diese: Der deutsche Standpunkt ist von Anfang an der gewesen, daß die Wahrung der Großmachstellung Oesterreich-Ungarns auch als ein eminentes Interesse der deutschen Politik betrachtet; daß wir deswegen ohne Zögern an die Seite unseres Bundesgenossen getreten sind; daß wir nach allen Seiten über unsere feste Einigkeit, uns nicht von Oesterreich-Ungarn abdrängen zu lassen, Klarheit gegeben haben. Dies hat der Reichstanzler im Reichstag in der entscheidendsten und unzweideutigen Weise wiederholt vor aller Welt erklärt.“

Hilfe für Südrationalien. Das unter dem Protektorat der Kaiserin stehende Deutsche Hilfskomitee für Südrationalien hat sich mit dem deutschen Generalkonsul in Neapel und Konsul Jato in Messina in Verbindung gesetzt. Messina wird verlassen. In Neapel sind bereits 30 000 Kranke und gelungene Hilfsbedürftige gelandet. Das deutsche Hilfskomitee hat sofort 50 000 Lire an das dort aus dem deutschen, österreichischen, englischen und schweizerischen Konsulat gebildete Hilfskomitee überwiesen. In Neapel konzentriert sich vorläufig die gesamte Hilfsstätigkeit. Nächste künftige Hilfe ist erforderlich, und das deutsche Hilfskomitee bittet daher um schnelle Zuführung von Mitteln. Das Bureau des Hilfskomitees befindet sich in Berlin, Alsenstraße 10.

Unterstützung der Handwerkervereinigungen. Staatssekretär Kraetzle hat folgende dankenswerte Verfügung erlassen:

„Aus den Berichten der Ober-Postdirektionen habe ich gern ersehen, daß auch in diesem Jahre Lieferungen und Bauarbeiten an Handwerkervereinigungen übertragen worden sind. Ich vertraue, daß es den fortgesetzten Bemühungen der Ober-Postdirektionen gelingen wird, die Handwerkervereinigungen künftig in erweitertem Umfange zu berücksichtigen, und daß namentlich diejenigen Ober-Postdirektionen, die in dieser Hinsicht noch zurückbleiben, es sich angelegen sein lassen werden, noch zurückbleiben, es sich angelegen sein lassen werden, Handwerkervereinigungen zu Lieferungen und Arbeiten heranzuziehen. So weit es irgend angeht, sind die Handwerkervereinigungen auch an Instandsetzungsarbeiten zu beteiligen. In größeren Orten können diese regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten (z. B. Anstreichen, Tapetieren, Tischler-, Schlosser-, Stellmacherarbeiten usw.) den Handwerkervereinigungen vertragsmäßig übertragen werden.“

Aus der Statistik der Viehschlachtungen in Preußen.

Die Statistik erstreckt sich auf die zwölf Monate vor der am 1. Dezember 1907 stattgefundenen Viehzählung, also auf die Zeit vom 1. Dezember 1906 bis 30. November 1907. Daraus ist zu entnehmen, daß an Rindvieh insgesamt 4 134 924 Stück — 228 888, oder 5,54 Prozent mehr als in demselben Zeitraum vor der vorletzten Viehzählung von 1904 — geschlachtet worden sind. An Schweinen wurden 12 528 194 Stück (1 044 179 = 8,33 Prozent mehr), an Schafen dagegen 2 065 722 (81 969 = 3,97 Prozent weniger) geschlachtet. Bei Schweinen wie bei Rindvieh haben die Schlachtungen erheblich weniger zugenommen als der Lebensbestand. Die Schlachtungen von Rindvieh sind jedoch um rund 8 Millionen, die von Schweinen dagegen nur um 2 Millionen hinter dem Lebensbestande zurückgeblieben. Im Jahre 1904 war die Zahl der Schweine-schlachtungen fast genau so groß wie der damalige Lebensbestand. Bei Schafen haben die Schlachtungen im Jahre 1907 ungefähr ebenso stark abgenommen wie der Lebensbestand. Gleichwohl ist dieser bedeutend höher als die Zahl der Schlachtungen, weil eben die Schafe wie auch die älteren Rinder zum guten Teil zu anderen als Schlachtungszwecken gehalten werden. Dasselbe gilt auch von

den Hegen, deren Schlachtungen um 6115 = 0,93 Prozent zurückgegangen sind und nur 600 852 Stück betroffen haben.

Ausland.

Frankreich. Gegenüber der in der letzten Zeit wiederholt aufgetauchten Meldung, daß der Vatikan geneigt sei, seine Haltung bezüglich der durch das Trennungsgesetz geschaffenen Lage der Kirche in Frankreich zu ändern, ist das „Echo de Paris“ ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben: „Der Heilige Stuhl denkt in keiner Weise daran, seine bisherige Stellungnahme aufzugeben, die mehr denn je durch die Ereignisse gerechtfertigt ist. Wenn die Lage der Kirche in Frankreich bedrängt ist, so beklagt dies der Heilige Stuhl in erster Reihe, aber er ist der Ueberzeugung — und die aufrichtigen Katholiken mit ihm — daß es nur einer standhaften konsequenten Haltung gelingen wird, mit Hilfe Gottes die Lage der Kirche zu verbessern.“

Großbritannien. Ein Unfall in der englischen Marine. London, 5. Januar. Aus Sydney wird gemeldet: Die Pinasse des britischen Kreuzers „Encounter“ wurde heute von dem Kohlendampfer „Dunmore“ unweit Mrs. Macquarries Stuhl in den Grund geholt. Die Pinasse wurde von einem Dampfer geschleift und hatte 72 Mann an Bord, die zu dem alljährlich stattfindenden Gewehrchießübungen an Land gingen und Gürtel mit Munition um den Leib trugen. Obwohl das Wetter still war, sind fünfzehn Mann ertrunken. Elf Leichen wurden geborgen.

Serbien. Die Kämpfe in Szwahin in Nordpersien haben zu einem Siege der revolutionären Baghiaren geführt. Szwahin ist zurzeit in der Gewalt der Baghiaren. Der Generalgouverneur ist in das englische Konsulat geflüchtet. Die Russen sind die aus Baghiarenreiterei bestehen, plünderten die Gebäude des Gouverneurs. Sie ernannten einen Baghiarenfeld zum Generalgouverneur. Die Situation erscheint kritisch.

Die Balkanwirren.

Bersärfung des österreichisch-serbischen Konfliktes. Die Stupschinade des serbischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Milowanowitsch, in der er, wie wir melkten, die Autonomie Bosniens unter der Kontrolle Europas als notwendig bezeichnete und gegen Oesterreich Stellung nahm, findet von österreichischer Seite eine scharfe Zurückweisung. Das halbamtliche Wiener „Fremdenblatt“ veröffentlicht einen Leitartikel über die Rede Milowanowitschs, in dem gesagt wird, sie werde fremdend durch die offensichtliche Feindseligkeit gegen die Monarchie und durch ihre Unwahrscheinlichkeit. Unwahrscheinlich, wenn man von Berliner Vertrag wie von einer Schmach spreche. Besonders bedauerlich sei die Stelle der Rede Milowanowitschs, in der er behauptete, Oesterreich-Ungarn habe das Volk zweier serbischer Länder zu Sklaven gemacht. Wenn der Zeit feiner Rede in den vorliegenden Berichten an dieser Stelle richtig wiedergegeben sei, würde Milowanowitsch sich darüber auf diplomatischem Wege zu äußern haben. Mit Energie wird sodann das Verlangen nach der Autonomie Bosniens unter Kontrolle Europas zurückgewiesen. Die Skabinette seien bereits verständigt, daß die österreichische Regierung dies weder vor noch auf der Konferenz zugeben werde.

Ministerkrisis in Serbien. Es scheint, als wenn mit der Rede des serbischen Ministers des Auswärtigen Milowanowitsch das serbische Ministerium seinen letzten Trumpf hat ausspielen wollen, ehe es definitiv zurücktritt, da es sich nicht mehr halten konnte. Nach einer Meldung aus Belgrad hat das Ministerium dem Könige am Montag das Demissionsgesuch übergeben. Das Kabinett behauptet, seine Mission erfüllt zu haben. Während der serbischen Weihnachtsfeier und der Ferien der Stupschina sollen Verhandlungen wegen Bildung einer Koalitionsregierung gepflogen werden. Möglicherweise wird es der Rajschitsch-Gruppe gelingen, ihren Chef Nikolai Paschitsch an das Staatsruder zu bringen. Eine Meldung vom 5. ds. aus Belgrad besagt, das ganze Kabinett Belimirowitsch seine Entlassung eingereicht habe, der König habe aber die Demission nicht angenommen. Inzwischen ist nach einer Wiener Meldung auch in der antichretischen Wiebergabe der Rede von Milowanowitsch die antichretische und Oesterreich beleidigende Stelle heranzuforgiert.

Aus aller Welt.

Eine Explosion von Dynamitpatronen hat auf der dänischen Signalstation Knudshoved schweres Unheil angerichtet. Als in der Nacht das Personal der Station damit beschäftigt war, durch Schußsignale den Schiffsverkehr in dichtem Nebel zu regeln, gingen einige Dynamitpatronen Feuer und explodierten. Die Station wurde in Zimmern